



Wirtschaft Aktuell

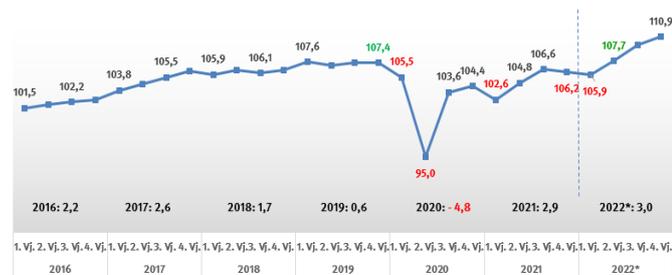
Der Krieg in Europa und die Sanktionen schwächen die Konjunktur

Nach einem schwachen Winterhalbjahr standen alle Signale auf einer kräftigen Erholung in diesem Sommer, in dem das Vorkrisenniveau greifbar schien. Die Vorzeichen haben sich geändert. Mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine und die gegen Russland beschlossenen Sanktionen haben sich die Bedingungen verschlechtert. Das Handelsvolumen mit Russland ist zwar nicht besonders groß: Etwa zwei Prozent unserer Exporte gehen nach Russland, ca. drei Prozent der Einfuhren kommen von dort. Für einzelne Branchen, Regionen und Betriebe können die Folgen trotzdem erheblich sein. Viel gravierender ist die Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten. Steigende Energiepreise drohen die Inflation weiter anzuhetzen. Das wird die deutsche Konjunktur schwächen. Eine restriktive Geldpolitik würde diesen Effekt verstärken.

Das Jahr 2021 endete mit einem leichten Rückgang der deutschen Wirtschaftsleistung gegenüber dem Vorquartal um 0,3 Prozent. Die Konjunkturschwäche ist auf die sich zum Jahresende aufbauende vierte Corona-Welle und den erneuten Verschärfungen der Schutzmaßnahmen zurückzuführen. Auch im 1. Quartal ist mit einem weiteren leichten Rückgang zu rechnen. Die aktuelle Prognose des DIW, die am 23. Februar veröffentlicht wurde, geht allerdings, wie schon die Dezemberprognosen der anderen Institute, davon aus, dass im 2. Quartal 2022 das Vorkrisenniveau wieder erreicht werden kann. Für 2022 stellt das DIW ein BIP-Plus um drei Prozent in Aussicht und korrigiert damit seine Septemberprognose um deutliche 1,9 Prozentpunkte nach unten.

Bruttoinlandsprodukt

Index 2015 = 100, preisbereinigt, verkettet, saison- und kalenderbereinigt
Jahreswachstumsraten: Veränderung zum Vorjahr in Prozent

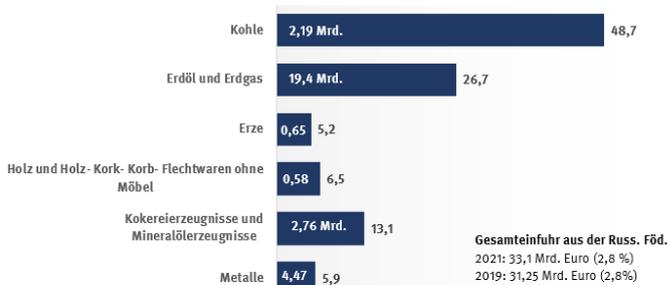


Quelle: Destatis, * = Prognose, ab 1. Quartal 2022: DIW-Prognose vom 23.2.2022
Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Konjunkturprognosen haben aktuell eine besonders kurze Verfallsdauer. Schon zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung können sich die Rahmenbedingungen dramatisch verändert haben. Das gilt insbesondere für die neuste DIW-Prognose. Was diese nur andeutet und nicht quantifiziert, sind die Risiken der russischen Bedrohung der Ukraine zum Erstellungsdatum. Mittlerweile führt Russland einen Angriffskrieg gegen die ukrainische Bevölkerung — eine humanitäre Katastrophe. Wie erwartet haben auch die harten Sanktionen erhebliche Auswirkungen auf den bilateralen Austausch von Waren und Dienstleistungen zwischen der EU und Deutschland einerseits und der Russischen Föderation andererseits.

Der Warenhandel mit Russland hatte sich nach der Coronakrise im vergangenen Jahr wieder erholt. Die Ein- und Ausfuhren haben sogar leicht ihr Vorkrisenniveau von 2019 übertroffen, wofür allerdings auch preisliche Effekte verantwortlich sein dürften. Zwar hat der Warenhandel mit Russland insgesamt nur eine geringe Bedeutung für Deutschland (Ausfuhranteil: 1,9 Prozent, Einfuhranteil: 2,9 Prozent). Aber es gingen Maschinen- und Anlagen im Wert von knapp sechs Mrd. Euro in die Russische Föderation (3,0 Prozent). **Und Deutschland bezog knapp 50 Prozent der importierten Kohle und etwa 27 Prozent der Erdöl- und Gaseinfuhren aus Russland.**

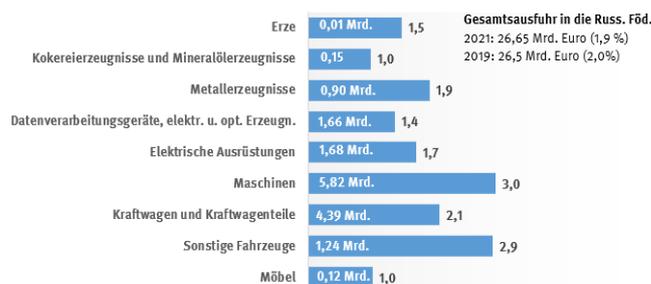
Die sechs wichtigsten Wareneinfuhren Deutschlands aus der Russischen Föderation im Jahr 2021
absolut in Mrd. Euro und in Prozent (Anteil an den jeweiligen Gesamteinfuhren)



Quelle: Destatis, eigene Berechnungen

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Die neun wichtigsten Warenausfuhren Deutschlands in die Russische Föderation im Jahr 2021
absolut in Mrd. Euro und in Prozent (Anteil an den jeweiligen Gesamtausfuhren)



Quelle: Destatis, eigene Berechnungen

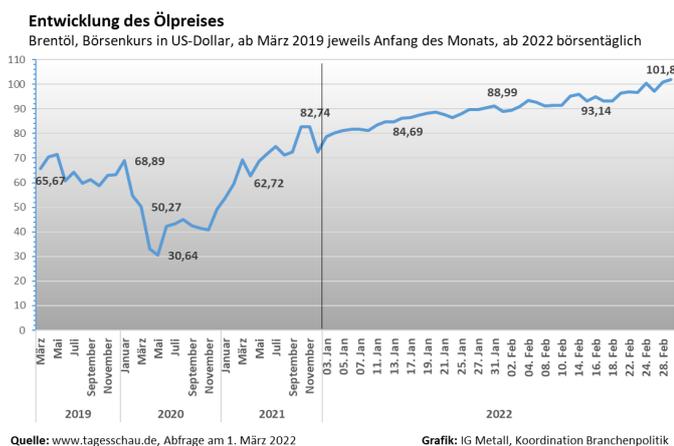
Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik



Die vergleichsweise geringen Handelswerte und Anteile im bilateralen Handel Deutschlands mit der russischen Föderation und aber auch mit der Ukraine dürfen nicht unterschätzt werden. Fehlende Teile mit geringem Wert können dennoch ganze Produktionslinien lahmlegen. Deutschland ist, wie kaum ein anderes Land, von ungestörten Lieferströmen abhängig. Lieferengpässe, wie sie bereits im vergangenen Jahr die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe ausgebremst haben, könnten sich in diesem Jahr noch verschärfen. Selbst wenn das Angebot nicht verknappt werden sollte, könnten logistische Probleme zu Engpässen führen. Wichtige Ost-West-Handelswege führen durch die Ukraine und sind schon jetzt unterbrochen. Massiv verschärft hat sich auch der Mangel an LKW-Fahrern, die zum Großteil aus der Ukraine stammen.

Risiken gehen auch von den Finanzmärkten aus. Der russische Finanzsektor ist durch die Sanktionen faktisch lahmgelegt worden. Tochtergesellschaften russischer Banken in Europa (z. B. Sberbank) stehen vor dem Konkurs, Zins- und Tilgungszahlungen von Krediten können von Russland praktisch nicht mehr geleistet werden. Deutschland ist davon zwar weniger betroffen als andere europäische Länder, Kettenreaktionen sind aber nicht ausgeschlossen.

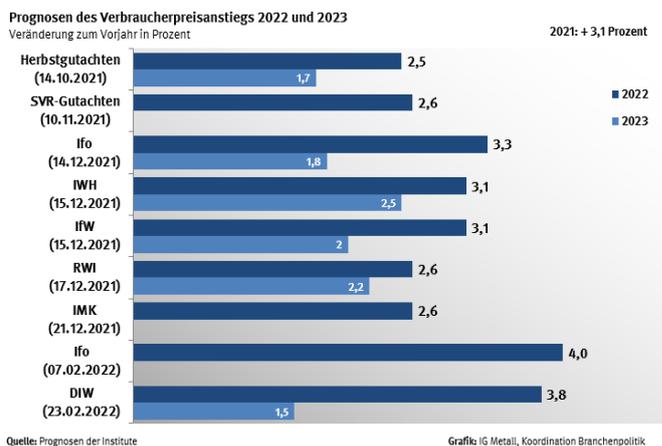
Bisher fließen die Öl- und Gasimporte aus Russland weiter ungestört nach Deutschland, weil sie nicht den Sanktionen unterliegen und Russland seinen vertraglichen Lieferverpflichtungen immer noch nachkommt. Es ist keineswegs sicher, dass dies so bleibt. An den Märkten herrscht Nervosität, die Preise für Öl und Gas sind nach dem Einmarsch in die Ukraine angestiegen, nach Verkündung der harten Sanktionen am Wochenende legten sie weiter zu. **Ein Barrel der Ölsorte Brent stieg am Montag auf über 100 Dollar,** die Ölpreise sind so hoch wie seit 2013 nicht mehr. Vor Beginn des Krieges zeichnete sich eher eine Stabilisierung des Ölpreises ab.



Selbst wenn russische Energierohstoffe weiter ungestört fließen würden und die Märkte sich wieder beruhigen, drohen zumindest bei der Gasversorgung erhebliche Kostensteigerungen. Um von russischen Gaslieferungen unabhängiger zu

werden, soll in Zukunft verstärkt Flüssiggas (LNG) importiert werden. Dies ist aber erheblich teurer. Die Weltmarktpreise für LNG (berechnet nach: BP, Statistical Review of World Energy) lagen in den letzten Jahren teilweise um 90 Prozent über den deutschen Einfuhrpreisen für Erdgas. Außerdem fehlen momentan noch die Kapazitäten, um größere Mengen zu importieren.

Die zu erwartende weitere Verteuerung der Energierohstoffe trifft auf eine schon bestehende erhebliche Inflationsdynamik. Die aktuellen Prognosen des ifo-Instituts und des DIW, die beide noch aus der Vorkriegszeit stammen, erwarten für dieses Jahr einen Preisanstieg von ca. vier Prozent. Sollte die derzeitige Situation dazu führen, dass der **Gaspreis** wieder auf das hohe Niveau des vierten Quartals 2021 ansteigt (statt allmählich zu sinken), würde das nach Modellrechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft für 2022 zu einem um 0,7 und 2023 zu einer um 2,3 Prozentpunkten höheren als der schon jetzt erwarteten Inflationsrate führen. Zusätzliche Preisanstiege bei Erdöl oder allgemein bei Rohstoffen oder Vorleistungen würden diesen Preisdruck noch weiter verschärfen.



Damit wird auch das Dilemma der Geldpolitik verschärft. Angesichts der zuletzt stark steigenden Preise und der hohen Inflationsprognosen für dieses Jahr stand die Europäische Zentralbank (EZB) unter erheblichem öffentlichen Druck, die Zinsen anzuheben. Bisher widerstand sie diesem Druck mit dem richtigen Argument, dass sie die gestiegenen Importpreise durch Zinserhöhungen nicht beeinflussen kann. Die mit dem Krieg und Sanktionen verbundenen Wohlstandsverluste lassen sich nicht mit einer restriktiven Geldpolitik verhindern.

Es ist deshalb davon auszugehen, dass der in allen derzeitigen Prognosen für diesen Sommer erwartete Aufschwung schwächer ausfallen wird als gedacht. Würde die EZB versuchen, die Preissteigerungen durch Zinserhöhungen zu begrenzen, wird ihr das nicht gelingen. Durch die höheren Zinsen kämen nur noch mehr Belastungen auf die deutsche Ökonomie zu, weil Kredite sich verteuern würden. Der Aufschwung würde noch weiter abgewürgt, die Wohlstandsverluste würden nur noch größer werden. **Die Gefahr einer Stagflation (Stagnation und Inflation) könnte bei diesem Szenario real werden.**